

# FDP-Fraktion im Rat der Gemeinde Neunkirchen



## Stellungnahme zum Haushalt 2007

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Ratskolleginnen und -kollegen, meine Damen und Herren!

Wir diskutieren heute über den ersten Haushalt, der vollständig auf den Grundsätzen des Neuen Kommunalen Finanzmanagements basiert. Der Informationswert des Haushalts ist gegenüber den Vorjahren nochmals gestiegen, erstmals können wir einen Vorbericht lesen, in dem die wesentlichen Kenngrößen zusammengefasst dargestellt werden. Außerdem finden wir im Anhang erstmals die Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen des Gemeindegewerks und der Kommunalen BetriebsGmbH. Wir danken der Kämmerei für den bisher informativsten Haushalt.

Analog zum Vorjahr möchte ich zunächst die Schuldensituation der Gemeinde Neunkirchen analysieren. Gesicherte und geprüfte Zahlen haben wir zum **Stand 31.12.2005**, ich zitiere aus dem Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt NRW von Ende 2006:

**14,7 Mio. € Schulden im Kernhaushalt**

**2,2 Mio. € nicht abgedeckte Fehlbeträge aus Vorjahren**

**11,1 Mio. € Verbindlichkeiten der Gemeindegewerke**

**1,2 Mio. € Verbindlichkeiten der Kommunalen BetriebsGmbH**

---

**29,2 Mio. € Gesamtverschuldung der Gemeinde Neunkirchen (2.078 € pro Einwohner)**

Einen sehr ähnlichen Wert (ca. 2.000 € pro Einwohner) hatten wir bereits in der Haushaltsrede 2006 errechnet, den die Verwaltungsspitze daraufhin öffentlich in den amtlichen Bekanntmachungen dementierte. Ich freue mich, dass die Gemeindeprüfungsanstalt NRW uns nachträglich bestätigt hat, dass wir richtig gerechnet haben.

In 2006 wurden die nicht abgedeckten Fehlbeträge aus Vorjahren durch die unerwartet hohen Gewerbesteuerzahlungen getilgt. Dadurch ist die Gemeinde Neunkirchen aus der Haushaltssicherung – ohne Leistung der Verwaltung oder des Rates, sondern dank der engagierten Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die gemeinsam diesen Erfolg erarbeitet haben. Die Schulden im Kernhaushalt steigen voraussichtlich Ende 2006 auf 16,2 Mio. € (+ 10% gegenüber Ende 2005) und Ende 2007 auf 19,4 Mio. € (+ 32% gegenüber Ende 2005). Ein Ende der Schuldensteigerung ist nicht in Sicht.

Die **demografische Entwicklung** in Deutschland macht auch vor Neunkirchen nicht halt: Die Bevölkerung schrumpft und die bevorstehende Schließung der Grundschule Altenseelbach ist nur ein Vorgeschmack auf das, was noch kommen wird. Bezogen auf die Verschuldung kann man folgende Entwicklung erkennen: Bei einer abnehmenden Bevölkerung steigt die Verschuldung pro Einwohner überproportional. So ist die **Gesamtverschuldung** der Gemeinde Neunkirchen im Zeitraum 2002-2005 um **11%** gestiegen (von 26,2 Mio. Ende 2002 auf 29,2 Mio. Ende 2005), die **Pro-Kopf-Verschuldung** im gleichen Zeitraum aber um **14%** (von 1.817 € Ende 2002 auf 2.078 € Ende 2005). Immer weniger Menschen müssen immer mehr zurückzahlen. Eine gefährliche Entwicklung! Wie lange soll das noch gut gehen?

# FDP-Fraktion

## im Rat der Gemeinde Neunkirchen



Jede Kommune, die auf einen **NKF-Haushalt** umstellt, erhält eine Ausgleichsrücklage, mit denen Fehlbeträge ausgeglichen werden können. Die Ausgleichsrücklage ist aber nur eine rechnerische Größe und kein verfügbares Geld. Ich wage die Behauptung, dass **jede Kommune in der Haushaltssicherung und sogar im Nothaushalt durch Umstellung auf einen NKF-Haushalt kurzfristig einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen kann**. Da im NKF-Haushalt allerdings die Abschreibungen auf Vermögen ab sofort berücksichtigt werden müssen, sind die Defizite i.d.R. höher als vorher. Und nach wenigen Jahren ist die Ausgleichsrücklage aufgebraucht und man steckt stärker als bisher in der Haushaltssicherung oder gar im Nothaushalt.

Konkret auf die Gemeinde Neunkirchen bezogen: Wenn ich mir die geplanten Defizite in den Jahren 2007-2010 ansehe (-3,6 Mio. €, -4,0 Mio. €, -3,0 Mio. € und -2,8 Mio. €), sind wir voraussichtlich spätestens 2012 wieder in der Haushaltssicherung. **Mit dem gravierenden Unterschied zu der bisher bekannten Haushaltssicherung, dass dann die Abschreibungen in Höhe von 1,7 Mio. € jedes Jahr aufs Neue erwirtschaftet werden müssen**. Die Fremdbestimmung des Haushalts wird ungeahnte Ausmaße annehmen. Eine wirkliche Sanierung der öffentlichen Haushalt kann nur über eine Ausgabenverringering gelingen.

Unter diesem Gesichtspunkt müssen **alle freiwilligen Leistungen unvoreingenommen auf den Prüfstand**. Unvoreingenommen heißt: Kein Ortsteildenkmal und keine Gefälligkeiten im Hinterkopf sondern Berücksichtigung der harten Fakten und Blick auf die langfristige Entwicklung der gesamten Gemeinde nehmend.

Freiwillige Leistungen der Gemeinde sind unter anderem das Angebot und die Unterhaltung der Sportinfrastruktur, darunter fallen bspw. die beiden Hallenbäder, die energetische Sanierung des Familienbades sowie die Sportplätze und der Bau zweier Kunstrasenplätze. Natürlich ist es für eine Gemeinde ein Gewinn eine möglichst breite Sportinfrastruktur vorzuhalten. Nur wie immer **im Leben ist nicht alles wünschenswerte finanzierbar**.

Die strengen Maßstäbe, die einige Ratsmitglieder bei der **Lehrschwimmhalle auf dem Kramberg** ansetzen, scheinen bei den anderen Infrastrukturmaßnahmen nicht zu gelten. Während bei der Krambergschwimmhalle um vierstelligen Eurobeträge gefeilscht wird, werden **Kunstrasenplätze** für 750.000 € oder der Einstieg in die energetische Sanierung des Familienbades für 1,5 Mio. € einfach durchgewinkt. Nur weil zwei Fußballvereine sich nicht über eine gemeinsame Nutzung eines einzigen Kunstrasenplatzes einigen können (Haben die beiden Vereine es überhaupt versucht?), legt der Rat generös 300.000 € für einen 2. Kunstrasenplatz hin, der nur 1.000 m Luftlinie vom anderen Sportplatz entfernt liegt. Und warum müssen die Vereine jeweils nur 60.000 € Eigenleistung erbringen? Das ist unseres Wissens der niedrigste Beitrag von Vereinen im gesamten Siegerland. Andere Vereine in anderen Kommunen müssen 100.000 € oder gar 150.000 € Eigenleistung tragen.

Zu den **Hallenbädern: Der Förderverein Krambergschwimmhalle schafft eine Reduzierung der Energiekosten um ca. 30% jährlich mit einfachen Mitteln und geringem finanziellen Aufwand**. Warum kann dagegen im Familienbad nur mit Millioneninvestitionen Energie gespart werden? Sind überhaupt schon einfache Sparmaßnahmen versucht worden oder läuft dort alles schon optimal? Neben dem Tritt auf die Ausgabenbremse muss auch der Blick auf die Einnahmeseite gelegt werden: Den Subventionierungswettbewerb mit umliegenden Bädern um den billigsten Eintritt können wir uns schon lange nicht mehr leisten, die Eintrittspreise müssen moderat erhöht werden.

# FDP-Fraktion im Rat der Gemeinde Neunkirchen



Ich befürchte, dass **effektives Sparen in der Gemeinde zur Zeit nicht gewollt ist**. Erst der Druck durch ein Haushaltssicherungskonzept ab voraussichtlich 2012 wird vermutlich die gesamte Sportinfrastruktur treffen mit der Folge, dass beide Hallenbäder mit einem bisherigen jährlichen Defizit in Höhe von ca. 0,5 Mio. € geschlossen werden müssen. Sollte diese Annahme eintreten, macht es unserer Meinung nach keinen Sinn, noch Millionen in das Familienbad zu investieren. Das Dach des Familienbades muss zwar saniert werden, allerdings ist die kostengünstigste Möglichkeit für ca. 150.000 € auszuführen. Da die Sanierung des nur 10 Jahre alten Daches ein Bauherstellungsmangel ist, sind die Kosten vollständig von dem damaligen Architekten bzw. der damaligen Bauleitung einzufordern. Wir fordern die Verwaltung auf, einen Maßnahmenkatalog zu erarbeiten, wie das von uns befürchtete Desaster der Hallenbadschließungen noch abgewendet werden kann.

Soweit zu unseren kritischen Anmerkungen zu geplanten Ausgaben in der Gemeinde Neunkirchen. Ein weiteres Thema des Haushalts ist die von der Verwaltung vorgeschlagene **Senkung der Hebesätze für Gewerbe- und Grundsteuer um jeweils 5 Prozentpunkte**. Insbesondere der Gewerbesteuerhebesatz würde unter die psychologische Marke von 400% sinken. Das erachten wir Liberale als **wichtiges Signal an die Neunkirchener Wirtschaft, um Arbeitsplätze zu sichern und Investitionen zu fördern**.

**Die Gemeinde Neunkirchen konkurriert bei den Gewerbesteuerhebesätzen mit den angrenzenden Kommunen in Rheinland-Pfalz und Hessen**. Während Neunkirchen noch auf 403% steht, betragen die Hebesätze in Betzdorf 355% und in Haiger sogar nur 300%. Es stellt sich die Frage, ob Kommunen in den benachbarten Bundesländern ebenfalls wie in NRW ca. ein Fünftel der Gewerbesteuer an das Land und Bund abführen müssen oder ob dort der Grundsatz gilt – der in NRW nicht gilt –, dass kommunale Steuern auch bei den Kommunen verbleiben. Ein weiteres Übel des Landes NRW ist der so genannte **fiktive Hebesatz von 403%**, der eine Senkung des Gewerbesteuerhebesatz erschwert. Denn: Die Kreisumlage wird auf Basis des fiktiven Hebesatzes berechnet, egal wie niedrig der Hebesatz in der Kommune ist.

**Obwohl Land und Bund massiv in die Freiheit ihrer Kommunen bei der Erhebung der Gewerbesteuer eingreifen**, muss die Politik im Drei-Länder-Eck darauf ausgerichtet sein, das Gefälle bei den Gewerbesteuerhebesätzen zu den Nachbarkommunen zu verringern, um Abwanderung und Verlagerung von Arbeitsplätzen zu verhindern. Trotz der genannten Nachteile bei einer Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes sieht die FDP vor allem die Chance auf langfristige Sicherung der Neunkirchener Wirtschaft. Nur die hohen Einnahmen aus der Gewerbesteuer sorgen in Neunkirchen für die Erhaltung der überdurchschnittlichen Infrastruktur. Wir Liberale wollen, dass das auch in Zukunft so bleibt und stimmen dem Verwaltungsvorschlag zur Senkung der Hebesätze für Gewerbe- und Grundsteuer zu bzw. lehnen die Beibehaltung der Hebesätze ab.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Hans Peter Kunz

Vorsitzender der FDP-Fraktion